

**Die Unterhöfen zu sorgen. Sie darf feststellen, daß sie für zum Kunden des Unterhofs von den SPK zu erwerben haben.**

#### Meldung aus Wiesbaden:

Der schriftliche Schlag, welcher den Reichstag durch den Staat seines höchsten Staatsbeamten betroffen hat, hat bei den verbündeten Regierungen und der Reichsleitung auf das schmerzlichste Einteilnahme gefunden. Der Bevölkerung war ein Mann von großen Talenten des Geistes und des Fingers, von vielseitiger Bildung, von diebstahlsgemäßigtem Interesse und vor allem ein Mann der Arbeit und der Pflicht, berufen, zu großer Zeit an der Spitze des Staates zu stehen. Er hat seines Amtes unermüdlich gewohnt, bis ihm eine schwere Krankheit davon fernhielt und der Tod ihn davon erlöste. Sein Kunden wird in Wiesbaden bleiben. (Bravo!)

#### Vizepräsident Dr. Manthey:

Bedingt sodann eine Reihe von Heilepostaogrammen zur Berlebung, darunter solche vom Kaiser, Hindenburg, dem Reichskanzler, Ludendorff, fremden Parlamenten, und gedenkt mit warmen Worten unserer Truppen bei den neuen schweren Kämpfen. Jetzt, wo wir nach dem Osten hin die Hände frei haben, wird es uns gelingen, den entscheidenden Schlag zu führen. Wie das neue Blutvergießen sind nicht wie verantwortlich, sondern die, die unsere Freiheit zurückgewiesen haben. Hoffentlich gelingt es unseren Truppen recht bald, einen ehrenvollen Frieden zu streichen. (Beifall.)

Der Eintritt in die Tagesordnung rufte Vizepräsident Dr. Bauchis den Abgeordneten Gotha-Nordhausen (unten, S. 2) noch für eine Neuerung in seiner letzten Rede vor Flügeln zur Ordnung. (Heiterkeit bei der zweiten. S. 2.)

#### Auf der Tagesordnung stehen zunächst

##### Kurze Anfragen.

Eine Kurze Petition (S. 2), betw. Beurlaubungen der aus Elsaß-Lothringen stammenden Soldaten, beantragt General von Wrisberg dahin: Mit der Aushebung der allgemeinen Urlaubsperre für die Westfront trat dies auch für die Elsaß-Lothringen außer Kraft. Eine Urlaubsbeschrankung für die Elsaß-Lothringen besteht nicht. Beurlaubungen nach Elsaß-Lothringen unterliegen für alle Heeresangehörigen den gleichen Bedingungen. Der Urlaub wird nur solchen Mannschaften nach Elsaß-Lothringen verweigert, die politisch ungünstig sind oder von deren Angehörigen eine ungünstige Beeinflussung zu erwarten steht.

Die Reichsbeauftragte für die Schatzkasse 1918 wird in einmaliger Beratung ohne Erörterung erledigt.

#### Es folgt die erste Beratung der

**Novelle zum Haushaltsgesetz**  
vom 4. Dezember 1918 in Verbindung mit dem militärischen Bericht des Kriegsschusses für den Reichshaushalt und über die Handhabung des Belagerungszustandes und der Censur.

Abg. Freiherr von Reichenberg (Btr.): Das Haushaltsgesetz sollte die Auswirkungen des Belagerungsgesetzes beseitigen, hat sich aber als lästighaft erwiesen. Die Vaterlandspartheid wird von den Militärs stellen einsichtig bevorzugt. Wir wünschen gleiches steht für alle.

Abg. Bauer (S. 2): Das Wort: Ich kenne keine Parteien mehr gilt nur noch bedingt. Versammlungen der Vaterlandspartheid werden gestattet und begünstigt, sozialdemokratische Versammlungen aber verboten, namentlich in der Wahlrechtsfrage. Das Versammlungsrecht der Gewerkschaften wird vom Kriegsministerium nicht mehr so wohlwollend gehandhabt wie zur Kanzlerschaft Bethmann-Hollwegs. Jetzt prallen alle Beschwerden beim Kriegsministerium ab. In einzelnen Bezirken herrscht vollkommenes Militärdiktatorat. Die Arbeiterschaft protestiert gegen die Bedingungen und lädt sich nur schwer von Arbeitseinstellungen abhalten. Wenn die Arbeiterschaft die schweren Kriegsjahre so ruhig durchgehalten hat, so war dies der politischen und gewerkschaftlichen Schulung zu danken. Geht aber die Gewerkschaft im Innern so weiter, dann gehen wir einer Katastrophe entgegen. Unsere Fortbewegung bleibt die Befestigung des Belagerungszustandes.

Staatssekretär Wallraff: Auf Einzelheiten wird erst morgen eingegangen werden können. Hier heute soll festgestellt werden, daß die Regierung den Beschwerden der Gewerkschaften nicht ausnahmslos ablehnend gegenübersteht. Im Gegenteil, manche Härten sind in Verbindung mit den Militärbürokraten bestätigt worden. Auch hinsichtlich des Verbotes von Zeitungen sind wir bestrebt, Widerungen herbeizuführen. Im Übrigen aber sind Belagerungszustand und Censur Kriegsnotwendigkeiten. In den feindlichen Ländern wird schärfer vorgegangen als bei uns.

Abg. Freiherr von Richthofen (natl.): Der Kriegsbericht mit Österreich-Ungarn muß durch Erklärung der Pazifistischen geschriften gefordert werden. Nachdem wir im Osten zum Frieden gekommen sind, sollte auch die Befreiung der Ostfragen genauso frei gelassen werden. Zeitungsverbote bei den Soldaten schaffen nur böses Blut.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch verzögert.

#### Der Kabinettsrat des Reichstages

trat gestern vor Beginn der Vollversammlung zusammen und einzigte sich darin, die Wahl des Präsidenten des Reichstages soll auf die Tagesordnung vom Donnerstag gelegt werden. In dieser Woche sollen Fragen der Censur, des Belagerungszustandes, des Schutzgesetzes erörtert, sowie die zweite Befreiung des Hauses des Reichstages begonnen werden. Man hofft, gegen Mitte Juli die Sommerpause beginnen zu können.

#### Wasser politische Maßnahmen.

Burgans Meldet nach Berlin. Aus Wien wird gemeldet, Berlin begeben, um dem Reichstag seinen Unentschluß zu erläutern. Bei diesem Anlaß wird ein eingehender Gedanken austausch über alle zwischen den beiden verbündeten Mächten bestehenden Fragen stattfinden. Zu einer endgültigen Entscheidung einzelner der zur Erörterung stehenden Fragen dürfte es hierzu nicht kommen, da die erforderlichen internen Arbeiten und Beratungen weiter in Österreich-Ungarn noch in Deutschland abgeschlossen sind. Die gegenwärtig dieser Zusammenkunft geführten Besprechungen werden nach dem Dritten kurzum zu gewöltigen Zustimmungen der beiderseitigen eigenen Beihilfeszüge fortgesetzt werden und voraussichtlich bald zu einem endgültigen Ergebnis führen.

Ein Elektrizitätsmonopol in Preußen. In der am Sonnabend in der technischen Hochschule in Berlin abgehaltenen Jubiläumsfeier des Verbandes Deutscher Elektrotechniker hielt der preuß. Minister für Handel und Gewerbe Dr. Gadow eine Ansprache, in der er u. a. ausführte, die preußische Staatsregierung bestrebt in Bezug auf die bedeutenden und erfolgreichen Unternehmen privatwirtschaftlicher und kommunaler Art und mit Rücksicht auf die hohen finanziellen Anforderungen, die an den Staat nach dem Kriege allgemein herantreten werden, nicht, die privatwirtschaftlichen oder kommunalen Betriebe von der Erzeugung oder Verteilung des elektrischen Stroms oder ihrem Ausbau zu beschränken. Sie wollen von Fall zu Fall mit besonderen staatlichen Anlagen oder mit staatlicher Beteiligung an gemeinschaftlichen Unternehmen, da hoffend, wie dies, sei wegen der Art der dem Staat zu Gebot stehenden Kräfte, ist es zur Versorgung wirtschaftlich schwächer Landesteile, zweckmäßig oder geboten erscheine.

Das Eisene Kreuz I. Klasse für Sohn und Tochter. Wie der "Friede Zeitung" aus Stockholm gemeldet wird, in dem finnischen Reichsverteidiger Schuhfuß das Eisene Kreuz I. Klasse verliehen worden. Utrainsko-Sibirische Friedensverhandlungen aus Wien wird gemeldet: In der Willkürkommission wurde eine Einigung über die Demarkationslinie noch nicht erzielt. Sämtliche Punkte der Waffenstillstandsbedingungen wurden drei gemeinsamen Kommissionen überwiesen. Die Hauptschwierigkeit bereitet der zweite Punkt, betreffend die Bedingungen für Reisen aus einem Staatsgebiet in das andere. Die Ukraine besteht auf einer genaueren vertraglichen Festlegung der Bedingungen, um zu verhindern, daß den aus Großland zurückkehrenden Ukrainer ihre Habe an der Grenze abgenommen wird. Ratowski lehnte es ab, für die Ukrainer Ausnahmen von den allgemeinen Kriegsbestimmungen anzugeben.

Schwere italienische Schläge in Tripolis. Der türkische Heeresbericht vom 6. Juni meldet u. a.: Mit Eintritt Italiens in den Weltkrieg begannen unsere in die Provinz Tripolis eindringenden tapferen Truppen in aufopferungsvollen Kämpfen, auf eine schwierige Verbindung mit der Helmata angewiesen, die Italiener jedoch an die Küste zu drängen. Heute kammt sich der Italiener nur noch an einige von uns eng umschlossene Küstenspitze, wo er unter dem Feuer unserer Batterien und dem deutscher Unterseeboote steht. Der Versuch, seine Lage zu verbessern, wurde blutig abgewiesen. Von uns unterkommene Reise aus Guara am 12. April wurde er von uns in der Flanke gefasst. Viele Gefangene, zahlreiche Waffen, Pferde und viel Kriegsmaterial blieben in unserer Hand. Auch mehrere kleinere andere Zusammensätze verließen durchweg zu unsrer Gunsten.

Polen in russischen Gefangenissen. Die polnischen Blätter schillern im Anschluß an die Mitteilungen der polnischen Delegierten des Kriegsgerichts für Kriegsgefangene, Frau Dzudinska, die grausame Art, mit der die Russen die Polen behandeln. Die polnischen Gefangenen wurden an der Murmanbahn beschäftigt und waren bei großer Kälte mangelschutz untergebracht, sodass von einzelnen Arbeitsgruppen von 2-300 Mann täglich drei bis sieben von Hunger und Frost starben. Beamte, Offiziere und Soldaten, sogar die russischen Kriegsleute ließen ihre Würde an den polnischen Gefangenen aus. Ein Mitglied des Komites, welches die Gefangenenzählung kontrollierte, erklärte: Schon der bloße Anblick der Gefangenen erfüllt mit Einschreckung infolge der unzureichenden Ernährung, erstickt, bedekt mit Ungeziefer und Wunden, sind diese Menschen nicht mehr menschenähnlich. Hingegen ist, daß sich in den Gefangenenzählungen nicht nur Polen, sondern auch Tschechen, Ruthenien usw. befinden, welche nicht besser behandelt wurden.

Wiesbaden f. Die Frankfurter Zeitung meldet aus Stockholm: Wie Branting im Sozialdemokraten mitteilt, ist am 20. Mai im Sanatorium bei Tysjö an der russisch-schwedischen Grenze der kommende russische Sozialdemokrat Georg Wieschanow an einem Angriff getötet. Der Umstand, daß Wieschanow lediglich katholischer Enthusiast der Entente und Gegner der Weltkriegsseite, also ein Wissensgenosse Brantings war, gibt dieses in seinem Necrolog über den Verstorbenen Anlaß zu erneuten Angriffen gegen Deutschland.

Chile bleibt neutral. Eine Botschaft des Präsidenten von Chile aus Anlaß der Eröffnung der Hammern drückt Bedauern über die Verlängerung des Krieges aus, welche die Niegierung verpflichtet, bei ihrer Neutralitätspolitik zu verharren. Das Finanzjahr 1917 habe befriedigende Ergebnisse gehabt; die frühere Schulde sei im Dezember 1917 auf 31.026.820 Pfund Sterling zurückgegangen.

Das amerikanische Repräsentantenhaus hat einstimmig den Hausesatz angenommen, der zwölf Milliarden Dollars für die Effektivbestände der Armees in diesem Jahre vorsieht und den Präsidenten ermächtigt, unter dem Dienstfeldgesetz eine unbedingte Zahl von Soldaten zur Fortsetzung des Krieges einzuberufen. Der Staat geht jetzt an den Senat.

## Von Stadt und Land.

Aus, 5. Juni.

#### Der Wassermangel in Aue.

Vom heutigen städtischen Wasserwerk erhalten wir folgende Zuschrift:

Es sind uns infolge der in Aue herrschenden und daselbst fast chronisch gewordenen Wasserknappheit sowie aufgrund der in der letzten Sitzung der städtischen Räderätschaften darüber gesprochenen Erörterung verschiedene briefliche wie mündliche Mitteilungen mit Ratschlägen über Abhilfe zugegangen. Viele mögen der guten Absicht entsprungen sein zu helfen. Fast alle fordern in unbefangener Weise das Abstellen des Wasserzuflusses in bestimmten, hauptsächlich den Industriestadtteilen zu verschiedenen Tageszeiten, um das Wasser in dieser Zeit den übrigen Stadtteilen zugute zu lassen, oder sie verlangen ein vollständiges Abstellen des Wasserzuflusses während der Nacht oder auch an bestimmten Tagesstunden. Obwohl alle diese Vorschläge der Verwaltung nichts neues bilden, sind sie doch alle, was zur Befriedigung mitgeteilt sei, auf ihre Verwendbarkeit geprüft worden. Beider konnte aber von keinem derselben der gewünschte Gebrauch gemacht werden. Die Schwierigkeiten die dadurch entstehen würden, sind in technischer Hinsicht im Bezug auf die Schäden, die sie dem Rohrnetz zufügen so groß, daß sie zu dem geringen Nutzen der Befriedigung einzelner Häusergruppen und deren Bewohner mit Wasser in gar keinem Verhältnis stehen. Zweitens wird die Güte des Wassers durch Eintreten von Luft und durch starke Trübungen, die durch die Gegenströmung im Rohrnetz hervorgerufen werden, so herabgesetzt, daß es für den menschlichen Genuss unbrauchbar wird, ja durch die dadurch künstlich hervorgerufenen Saugungen sogar gesundheitsförderlich wirken kann. Das Wasser würde in diesem Zustand weggelassen werden und durch diese Maßnahme würde so vollständig der Zweck in wasserwirtschaftlicher Beziehung verfehlt werden. Ganz unverantwortlich wäre es aber auch, die ganze Stadt zu

Wasser zu legen ohne auf eine Gewerbeschädigung, die jedoch

entstehen kann und der wir dann machtlos gegenüberstehen, oder auf Krankheitsfälle Rücksicht zu nehmen. Rücksicht aber auch wäre diese Maßnahme rücksichtslos gegen unsere Industrie und die Verkehrs- und Beförderungsanstalten, die nicht die genügenden Voraussetzungen eben auf Grund einer zentralen immenswährenden Wasserversorgung aufgebaut haben.

Wohl mögen die gewünschten Maßnahmen in einem kleinen Ort in einem einzigen Talzuge oder auch in einer größeren Ortschaft in ebenem Gelände, wo die Leitung nur aus einer Fall, bzw. Druckleitung besteht, angewendet werden können. Ganz ausgeschlossen sind sie jedoch bei uns.

Die Vorgänge der Bewegung und des Wasserverbrauchs in einem Rohrnetz von einer so ausgebildeten Gravitationsleitung von etwa 30 km Länge und 600 cbm Inhalt mit einem Höhen- bzw. Druckunterschied von 180 m und von 4 verschiedenen Zuflüssen aus allen vier Himmelsrichtungen, wie sie bei uns bestehen, sind so schwierige und vielfältige, daß hier weder der Ort noch der Raum es gestattet, sie zu erläutern.

Zum Verbrauch aber sei angeführt, daß der städtische täglich eintretende Stundenverbrauch gleich 1/3 des durchschnittlichen regelmäßigen Tagesverbrauches, in letzterer Zeit etwa 200 cbm beträgt, welche Menge aber zu dieser Zeit nicht mehr vorhanden ist. Und hier kommen wir zum springenden Punkt, zur Wurzel des Übels: Wie fehlt es an einer

Wasserleitung? Für eine solche aus Blauenthal kämpfen wir schon seit dem Jahre 1911. Da sich die Fertigstellung dieser Leitung aber trotz des Wohlwollens der Oberbehörde, infolge der einmal gesetzlich vorgeschriebenen Begehung der verschiedenen Verwaltungswegen und der durch den Krieg geschaffenen schwierigen Lage im Baugewerbe, noch sehr in die Länge ziehen kann, so wird die Lage geprüft werden, ob durch Errichtung eines weiteren Behälters, einer lokalen Rücklage in höherer Lage, der das Wasser des geringen Stundenverbrauchs aufspeichert und zum Höchstverbrauche wieder abgibt, beschafft werden kann, um über die Zeiten des Höchstverbrauchs hinwegzuhelfen und solche Unzuträglichkeiten, wie sie in den letzten Tagen auftraten, künftig zu verhindern.

Als in vorheriger Woche einzelne hochgelegene Stadtteile ohne Wasser waren, während der Sprengwagen noch fuhr, war von jenem Nebenstand an das Wasserwerk keine Meldung erfolgt. Deshalb sei im Übrigen noch bemerkt, daß die Meldestelle für Schäden und Störungen an der Wasserleitung nur das Wasserwerk ist. Dieses befindet sich Wehnerstraße 14, ist von früh 6 Uhr bis abends 7 Uhr geöffnet und durch Telefon 163 (das Werk) und Nummer 720 (die Wohnung des Betriebsleiters) (des Nachts durch die Polizeiwache) jederzeit zu erreichen. Nur vongestern wird den Verbrauchern gern und schnellstens die gewünschte tatsächliche Hilfe auch des Nachts zuteil, soweit es mit dem geringen Kriegshilfspersonal noch möglich ist. Auch wird daselbst jederzeit zu jeder Zeit die gewünschte sachmännische Auskunft über Gründe der Störungen usw. sobald sie zur Kenntnis der Verwaltung gelangen, erhalten.

**Sitzung des Gesamtvorstandes des Erzgebirgsvereins.** Wie alljährlich, hieß der Gesamtvorstand und Ausschuß des Erzgebirgsvereins seine 1. Jahrestagung in Chemnitz unter Leitung des Oberjustizrats Dr. Gilbert Schneberg ab. Nachdem dem erkrankten Ehrenvorsitzenden Seminaroberlehrer F. A. Mödel in Dresden Wünsche baldiger Genesung ausgesprochen waren, erstattete der neue Kassierer, Kassierer Hesemann-Schneberg, den Kassenbericht. Die Hauptkasse schließt bei 88.219 Mark Einnahme und 26.080 Mark Ausgabe mit 7.189 Mark Bestand ab. Am Mitgliederbeiträgen sind 14.484 Mark eingegangen. Um 15.244 Mark kleine Baudarlehen zurückzuzahlen, sind 15.000 Mark Gesamt-Baudarlehen aufgenommen worden. Die beiden Berggästehäuser auf dem Hirschberg und Auerberg ergeben 1491 Mark Überschuss. Das Gesamtvermögen beläuft sich auf 267.400 Mark Besitzes und 155.182 Mark Schulden, hat also eine Höhe von 112.227 Mark. Nach Richtigstellung der Stechnung wurde der Haushaltplan für 1918 vorgelegt und angenommen. Die Abgeordnetenversammlung, deren Ort noch unbestimmt ist, wird am Anfang der Herbstferien, 28. oder 29. September, festgelegt. Ihr Oberwiesenthal ist der neue Bürgermeister, Bischweger, in den Gesamtvorstand berufen worden. Eine längere Aussprache führte der Antrag des Zweigvereins Schwarzenberg herbei, den Turm und das Wirtshaus auf dem Spiegelwald zu erwerben. In Hinsicht darauf, daß es sich hier um die älteste Wasserversorgungsanlage unseres Gebirges handelt, beschloß man, das günstige Überreichen der Hauptversammlung befürwortet zu legen. In der Sitzung am Sonntag vormittag beschäftigte man sich eingehend mit der Prüfung der aufgestellten Geschäftsordnung für den Gesamtvorstand und für den Werbauschuß. Die Wiederberichtigungen wurden in der Hauptstube angenommen. Den Anträgen Radisch-Leipzig, die Errichtung von Jugendherbergen zu fördern und die Sache auf der nächsten Hauptversammlung zu behandeln, stimmte man zu.

Konzert Helga Petri. Es sei hier nochmals auf das am Freitagabend 8 Uhr im "Bürgergarten" stattfindende Konzert der berühmten Lautensängerin Helga Petri hingewiesen. Kartenvorverkauf bei Miller und Lorenz.

Keine Beschagnahme der Schulzonen. Das "Blatt" schreibt: Unter den Schulkindern ist seit einiger Zeit das Gericht verbreitet, die Schulzonen in Namen nächstens zur Beschagnahme. Insolgedessen hat sich der Kinder eine gewisse Unruhe bemächtigt, sodaß die Eltern unter ihnen schon ihre Ränzen in Sicherheit zu bringen suchen. Wir können zur allgemeinen Beruhigung der Eltern und Kinder mitteilen, daß von einer beabsichtigten Beschagnahme der Schulzonen nichts bekannt geworden ist."

Gemeinnützige Einrichtung. Eine Meldestelle für Verpackungsmaterial ist in Leipzig eingerichtet worden. Dort werden alle Bezugsländer gemeldet, die nicht sofort wieder Befriedigung finden. Wenn Straßenbedarf haben, so können sie bei der Handelskammer die Städte erwerben, wo gebrauchsfähiges Ma-